## Reichsbankdiskont 4½ Prozent

**Berlin**, 19 Mai. In der heutigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank begründete der Vorsitzende, Reichsbankpräsident Dr. Luther **die vom Reichsbankdirektorium mit Wirkung vom 21. d. M. beschlossene Herabsetzung des Diskontsatzes der Reichsbank von 5 auf 4½ Prozent und des Lombardsatzes von 6 auf 5½ Prozent** wie folgt:

„Unter dem Einfluß der Depression der Weltwirtschaft hat sich die seit langem bestehende Flüssigkeit an allen wichtigeren ausländischen Geldmärkten schärfer ausgeprägt und dort schon Anfang dieses Monats zu neuen Senkungen der offiziellen Diskontsätzen geführt. Für die Reichsbank bestanden aus Gründen der innerdeutschen Geld- und Kapitalverhältnisse Bedenken, diesem Beispiel sofort zu folgen. Die Entwicklung der Devisenkurse, die in den zurückliegenden Wochen Goldbewegungen von irgendwelcher Bedeutung nicht aufkommen ließ, hat die Berechtigung der Zurückhaltung bestätigt. Nachdem der deutsche Geldmarkt indessen noch flüssiger geworden ist, und dadurch die Fühlung der Reichsbank mit dem offenen Markt sich allzusehr gelockert hat, erscheint eine Senkung des Diskontsatzes nunmehr angebracht.

Die Reichsbank hofft durch die als Folge der Diskontsenkung eintretende Lastenverminderung für die in der Depression schwer kämpfende deutsche Wirtschaft eine Erleichterung und Antriebsmöglichkeiten zu schaffen, und hofft auch, daß die Senkung der Zinssätze am offenen Markt die Genesungstendenzen des Kapitalmarktes in einer Weise unterstützt, die eine stetige Entwickelung begünstigt. Wenn die Diskontsenkung auf 4½ Prozent beschränkt bleibt, so trägt die Reichsbank damit der Höhe kurzfristiger Auslandsverschuldung und der dadurch bedingten Abhängigkeit von fremden Märkten Rechnung.

---

zentration sowie durch ein besonderes Interesse an dem behandelten Gegenstand, für die Rundfunkübertragung glänzend eignet. Solche Uebertragungen würden sich gewiß draußen im Volke auch im Sinne einer lebendigeren Gestaltung unserer Demokratie und einer stärkeren Dynamik unseres politischen Lebens sehr günstig auswirken können. Aber gibt es denn überhaupt Reichstagssitzungen, die in diesem Sinne „übertragungsfähig" sind? Wie sieht es denn in Wirklichkeit aus? Statt der sachlichen Konzentration erleben wir doch im großen Durchschnitt der Parlamentsverhandlungen allzu große Weitschweifigkeiten, und statt der wirklichen Debatte, die doch allein das notwendige Spannungsmoment in sich trägt, hören wir überwiegend die Vorlesung wohlvorbereiteter Reden, die sich naturgemäß in die politische Auseinandersetzung nicht einschalten können, sondern mit souveräner Nichtachtung über sie hinweggehen. Seit langer Zeit hat der Reichstag kürzlich wieder einmal eine Sitzung erlebt, die so reich war an dramatischer Spannung und an sachlich-zeitlicher Konzentration, daß sie sich besser als die spannendste Sportreportage für eine Rundfunkübertragung geeignet hätte. Wir meinen jene glänzende, echt parlamentarische Debatte, die in dem Kampf um die Steuergesetze der berühmten Junktim-Abstimmung voranging. Solche Gelegenheiten sind jedoch außerordentlich selten; sie sind vor allem, weil sie durchweg einen spontanen Charakter tragen, kaum vorauszusehen. Andere Schwierigkeiten kommen noch hinzu. Eine parlamentarische Verhandlung kommt doch aus Gründen der paritätischen Gerechtigkeit gegenüber allen Parteien nur als geschlossenes Ganze für eine Rundfunkübertragung in Frage. Die Debatte über einen bestimmten Gegenstand nimmt aber oft, bis alle Parteien zu Worte gekommen sind, an zwei Tagen mehrere Stunden in Anspruch. Wir glauben kaum, daß dies bei dem gegenwärtigen Stande unserer parlamentarischen Technik werbend für den Rundfunk wirken wird. Und der Rundfunkhörer?

Dieser Rundfunkhörer ist doch jener bekannte Wähler und Staatsbürger, dessen politisches Interesse, wie die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt haben, in einem bedauerlichen Absinken begriffen ist. Man hat ihm in der Vergangenheit politisch etwas viel an Führungsmangel, an undurchsichtigem Fraktionshandel und unhaltbaren Regierungsmethoden zugemutet. Er ist deshalb etwas müde und skeptisch geworden und wird, wie wir fürchten, von der ihm gebotenen Möglichkeit, den Reichstag dauernd im Original erleben zu können, wenig Gebrauch machen. Er wird jenen Hebel an einem Hörgerät, der ihm sozusagen den akustischen Zugang zum Parlament öffnet, sehr bald nicht mehr in Bewegung setzen und sich seufzend gestehen, daß ihm eine schlechte Musik angenehmer wäre als die wohlaufgesetzte und gut verlesene Rede des Abgeordneten Y. Hier wird sich jene Wechselwirkung zwischen dem aufbesserungsbedürftigen Zustande des Parlaments, der Politik überhaupt, und der politischen Interesselosigkeit des Wählers sehr störend geltend machen. Wem wird damit gedient sein? Wir fürchten: weder dem Parlament, noch dem Rundfunk, noch dem Hörer.

Aus all diesen Gründen sind wir der Meinung, daß ein an sich und grundsätzlich durchaus vertretbarer Gedanke erheblich verfrüht zur Erörterung gestellt ist. Wir plädieren deshalb für Vertagung auf unbestimmte Zeit. Es mag in das Ermessen der Reichsregierung gestellt sein, ob sie wichtige Erklärungen vor dem Parlament durch das Mikrophon der gesamten deutschen Oeffentlichkeit zugänglich machen will. Sie kann einmal ihre guten Gründe haben, das zu tun. Aber die Parteien wollen wir lieber um diese gesteigerte Möglichkeit der Agitation nicht bereichert sehen, die sie zum Schaden des Parlaments im gleichen Maße von der Sache entfernen würde. Wenn einmal unser politisches Leben sehr viel ruhiger, wenn manches im Staate sehr viel ausgeglichener und das Parlament selbst „übertragungsfähiger" geworden ist, dann mag man diese Angelegenheit einer ernsthaften Prüfung unterziehen. Man berufe sich heute aber nicht auf andere Länder, wie z. B. England. Wer das tut, dem möchten wir dringend raten, dafür zu sorgen, daß sich zunächst auch das deutsche Parlament in mancher Beziehung dem guten Beispiele des englischen etwas mehr annähert.

# Briands Europa-Plan

## Der Fragebogen überreicht

Die Denkschrift Briands über die Organisation eines Systems eines europäischen Staatenbundes wurde am Sonnabend der Oeffentlichkeit übergeben. Briand stellt einleitend fest, heutzutage zweifle niemand daran, daß der Mangel an Zusammenhalt in der Gruppierung der Kräfte Europas das ernsteste Hindernis für die Fortentwicklung des Völkerbundes sei. Die Zersplitterung der Kräfte beschränke in Europa nicht minder bedenklich die Möglichkeiten des Wirtschaftsmarktes und die Verbesserung der industriellen Absatzmöglichkeiten. Das Wirken des Völkerbundes könne in Europa auf ernste Hindernisse stoßen, wenn der territorialen Zerstückelung nicht baldigst ein Ausgleich entgegengesetzt werde. Es handele sich jetzt darum, **in das Universalsystem des Völkerbundes ein System einzufügen, das der Tatsache der geographischen Einheit Europas entspreche.** Der zu schaffende europäische Verband solle keine neue Instanz für die Regelung von Rechtsstreitigkeiten abgeben, er solle höchstens beratend seine guten Dienste anbieten. Er solle sich keineswegs gegen andere Volksgruppen richten, die in anderen Erdteilen oder in Europa außerhalb des Völkerbundes beständen. Die Bildung von Zollunionen wäre unvereinbar mit den Grundsätzen des Völkerbundes. Weiter müsse mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß die europäische Union in keiner Weise eines der souveränen Rechte beeinträchtigen dürfe, die den Mitgliederstaaten des Völkerbundes zustünden.

Unter Berücksichtigung dieser Grundsätze stellt sodann Briand vier Gruppen von Anregungen auf. Die erste Gruppe beschäftigt sich mit der Notwendigkeit der Aufstellung eines Vertrages, der den Grundsatz der moralischen Verbundenheit Europas feststellen und eine feierliche Bekräftigung der zwischen den europäischen Staaten geschaffenen Solidarität darstellen soll. In der zweiten Gruppe wird die Notwendigkeit der Einrichtung der erforderlichen Organe für die europäische Union dargelegt. Briand wünscht die Einrichtung einer europäischen Konferenz sowie die Schaffung eines Vollzugsorgans in Gestalt eines ständigen „europäischen Ausschusses". Der Ausschuß soll in Genf tagen, seine Sitzungen mit denen des Völkerbundes zusammenfallen. Zu den Aufgaben des Ausschusses soll gehören die Prüfung jedes Verfahrens zur Verwirklichung und Durchführung des in Aussicht genommenen Planes und zwar insbesondere

a) die Prüfung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und anderen Fragen, die die europäische Gemeinschaft besonders angehen und vom Völkerbund noch nicht behandelt worden sind,

b) die besondere Einwirkung auf die europäischen Regierungen, damit sie die Durchführung der allgemeinen Beschlüsse des Völkerbundes beschleunigen.

An dritter Stelle wird die Notwendigkeit der Festlegung der Leitgedanken behandelt, welche die Tätigkeit des Europäischen Ausschusses festlegen sollen. Die wirtschaftlichen Probleme müßten den politischen untergeordnet werden. Infolgedessen müßte der Versuch, Europa eine organische Struktur zu geben, zunächst auf politischem Gebiete einsetzen. Auf dieser Grundlage müßte auch die Wirtschaftspolitik Europas in ihren großen Zügen, sowie die Zollpolitik jedes europäischen Staates im besonderen aufgebaut werden. Eine solche Auffassung könnte den allgemeinen Ausbau des Schiedsgerichts- und Sicherheitssystems in Europa sowie die fortschreitende Ausdehnung der in Locarno begonnenen Politik bis zur Zusammenfassung der Sonderabkommen in einem allgemeinen System zur Folge haben. Briand behandelt hier auch den Begriff einer wirtschaftlichen Organisation Europas zu dem Endzweck der gegenseitigen Annäherung der europäischen Volkswirtschaft und schlägt auch hierfür einen Vertrag vor, der die wirtschaftliche Solidarität als Endziel der Zollpolitik der europäischen Länder als Ideal bezeichnet.

An vierter Stelle wird die Zweckmäßigkeit erörtert, die Untersuchung aller Fragen der Durchführung dieses Planes entweder der nächsten europäischen Konferenz oder dem künftigen Europäischen Ausschuß vorzubehalten. Darunter fallen u. a. die Fragen des Bereiches des europäischen Zusammenwirkens, die der Kontrolle der Politik der Industrie-Verbände und Kartelle, die Aufschließung der wirtschaftlich minderentwickelten Gegenden Europas u. a. m.

Zum Schluß betont Briand, es komme nicht darauf an, mit einem Schlage einen Idealbau aufzurichten, sondern sich praktisch mit der Verwirklichung eines ersten Anlaufes zu dauernder Solidarität zwischen den europäischen Regierungen zu befassen. „Einig sein, um zu leben und zu gedeihen", das sei die gebieterische Notwendigkeit, vor der fortan die Völker Europas stünden.

---

Der Briandsche Fragebogen, der heute sämtlichen europäischen Regierungen zugegangen ist und den wir im Auszug veröffentlichen, bestätigt die bereits vorher von vielen Seiten ausgesprochene Vermutung, daß es sich um einen Rahmenvorschlag größten Ausmaßes handelt, dessen Inhalt und Tragweite erst durch seine Ausführung in der Praxis bestimmt werden kann. Der Gedankengang des Briandschen Entwurfes ist sichtlich von den Ideen der Genfer Völkerbundsinstitution beeinflußt, und es ist kein Zufall, daß Briand als Sitz eines künftigen Paneuropäischen Komitees Genf ins Auge gefaßt hat. Die Aufgaben der wirtschaftlichen, sozialen, geistigen Zusammenarbeit der Völker sind, wie im Völkerbundspakt und seinen Anlagen, auch das Leitmotiv dieses Entwurfes, nur daß sie bewußt auf den europäischen Kulturkreis beschränkt werden. Im Ganzen genommen scheint der Entwurf die Herausbildung einer Spezialabteilung des Völkerbundes für rein europäische Fragen zu sein, der auf Vorhandenem aufzubauen sucht und schrittweise vorzugehen strebt, ohne von der Voraussetzung einer fertigen Utopie ausgehen zu wollen.

Der Entwurf ist geeignet, die lebhafteste internationale Diskussion zu entfesseln und die Standpunkte für und wider mit aller Klarheit herauszustellen. Wir werden bei dieser Diskussion zwischen dem zu unterscheiden haben, was den Geist dieses Entwurfes bildet und was etwa bestimmte Staaten an Nebengedanken in ihn hineinzutragen wünschen. Die paneuropäische Frage hat eine grundsätzliche und eine praktische tagespolitische Seite. Daß es nicht auf Formeln allein ankommt, sondern auf die Männer, die sie schaffen und auslegen, und auf die Kräfte, die hinter ihnen stehen, hat uns bereits eine zehnjährige Geschichte des Völkerbundes bewiesen, den wir grundsätzlich bejahen, ohne ihm praktisch in seiner Arbeit in allen Punkten folgen zu können.

Es trifft sich, daß die Veröffentlichung des Briandschen Entwurfes mit der Tagung der paneuropäischen Union in Berlin zusammenfällt, und daß wir Gelegenheit haben werden, Theorie und Praxis, Formel und Geist an Hand der Paneuropakundgebung und der auf ihr geäußerten Gedanken vergleichen zu können. Der Rückblick auf diese Kundgebung wird uns Gelegenheit geben, Briands Paneuropagedanken noch eingehend zu würdigen.

---

## Das Saargebiet an Brüning

**Saarbrücken, 16. Mai.**

**Die Zentrumspartei des Saargebiets hat an den Reichskanzler folgendes Telegramm gesandt:**

**Herrn Reichskanzler Dr. Brüning, Berlin.**

**Vorstand der Zentrumspartei des Saargebiets hat in heutiger Sitzung die von seinem Beauftragten mit Ihnen in Berlin geführten Verhandlungen erörtert, spricht Ihnen dankbar vollstes Vertrauen aus und hofft, daß unter Ihrer Führung dem Saargebiet sein Recht auf baldige Heimkehr zum Vaterlande zuteil werde.** **gez.: Steegmann.**

## Katz und die Kommunisten

**Aus dem Ehlarekausschuß.**

**Berlin**, 19. Mai. Im Ehlarekausschuß äußerte sich am Sonnabend Obermagistratsrat Haase, der juristische Bearbeiter der Stiftsachen, über die Krugstiftung. Aufsehen erregten die Aussagen des der Deutschen Volkspartei angehörenden Stadtverordneten Dr. Falk, der bekundete, ihm sei zu Ohren gekommen, die kommunistische Stadtverordnetenfraktion habe 40 000 Mark dafür erhalten, daß sie in der Stadtverordnetenversammlung für das Grundstücksgeschäft mit der Kanada-Land stimmte. Als Zeugen benannte Dr. Falk die kommunistischen Stadtverordneten Gäbel, Mens, Roth und Degner. Degner habe die ganze Geschichte bereits im Gespräch mit einem Herrn zugegeben, der in einem Korrespondenzbüro tätig sei. Der demokratische Stadtrat Katz solle der Sache nicht fernstehen. Der deutschnationale Landtagsabgeordnete Koch erklärte als Ausschußmitglied, er habe von dem Korrespondenzbüro Sachsenzeitung gehört, daß Katz die 40 000 Mark an den Kommunisten Mens gezahlt habe. Dr. Falk erklärte, daß Stadtrat Katz sich in Abhängigkeit von dem Bankhaus Schlesinger, Trier, befunden habe.

Der als Zeuge vernommene ehemalige Stadtrat Gäbel, der aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden ist, stellte in Abrede, daß er oder seine ehemalige Fraktion für ihre Stellungnahme zu dem Grundstücksgeschäft Geld erhalten hätten. — Stadtrat Katz bezeichnet die Behauptung, er habe den Kommunisten für ihre Stimmen 40 000 Mark geboten und selbst von Sachs eine Provision erhalten, als glatte Verleumdung. Davon sei kein Wort wahr.

## Die Lage in Indien

**Immer neue Angriffe auf die Salzdepots der Regierung.**

**London**, 19. Mai.

Ueber die Lage in Indien meldet Reuter: Am Sonnabend und Sonntag unternahmen die Gandhijreiwilligen hartnäckige aber vergebliche Versuche, in die Salzdepots der Regierung in Dharasana und Wadala einzudringen. Die Behörden zeigen große Geduld und verhaften nur solche Leute, die Tätlichkeiten begehen, oder den Weisungen der Polizei nicht folgen. Die Operationen sind im großen und ganzen auf beiden Seiten mit viel gutem Willen und gutem Humor durchgeführt worden. Für heute ist ein neuer Angriff auf Wadala angekündigt.

Bei Dharasana hoffen die Freiwilligen im Laufe dieser Woche, vielleicht schon heute, eine Entscheidung herbeizuführen. Sie rüsten sich mit Drahtzangen aus, um die Stacheldrahtzäune, die, abgesehen von Polizeiwachen, das einzige Hindernis bilden, zu durchschneiden. Es wird erwartet, daß an diesem neuen Angriffen ungefähr tausend Freiwillige teilnehmen werden. Mit Rücksicht hierauf hat die jetzige Führerin der Gandhibewegung, Frau Naidu, ihre Absicht, nach Bombay zu gehen, aufgegeben. In einem Presse-Interview erklärte sie: Gleichviel, ob dieser Feldzug für romantisch oder lächerlich oder heilig oder empörend gehalten wird, seine Durchführung ist eine Ehrenpflicht für diejenigen, die berufen worden sind, Gandhi nachzufolgen, eine Pflicht, die sie aus Loyalität gegen seine Lehren und Gebote durchführen müssen, auch wenn sie vielleicht nicht im gleichen Grade inspiriert sind, wie dieser große Mann.

## Unwetterkatastrophen in Amerika

**Neuyork**, 19. Mai. Tornados, Wolkenbrüche und Ueberschwemmungen verursachten am gestrigen Sonntag im Süden der Vereinigten Staaten Verluste an Menschenleben und großen Sachschaden. In Somerville und Tennessee wurde eine größere Anzahl Personen durch einen Tornado verletzt, der mitten durch die Stadt brauste. In Arkansas verwüstete der Tornado eine Plantage, wobei 16 Neger getötet, über 100 verletzt wurden. Der Nordosten von Texas und der Südwesten von Arkansas sind von einer gewaltigen Ueberschwemmung bedroht.

**Eldorado** (Arkansas), 19. Mai. Infolge der in den letzten Tagen niedergegangenen Wolkenbrüche wurde ein Gebiet von 30 Quadratmeilen überschwemmt. Mehrere Städte und Ortschaften sind durch die Wassermassen bedroht. Der der Landwirtschaft zugefügte Schaden ist unabsehbar. Die Verluste der Oelindustrie werden auf mehrere Millionen geschätzt. In einem Lager, das für die aus dem Ueberschwemmungsgebiet Geflüchteten eingerichtet wurde, befinden sich bereits über 2500 Personen.

---

* **Der neue Bürgerkrieg in China.** „Times" meldet aus Hongkong, nationalistische Truppen aus Kwantung unter dem Befehl des Generals Tschautschaiton hätten vor kurzem eine großangelegte Offensive gegen die Kwangsi-Streitkräfte begonnen und, von zwei Kanonenbooten unterstützt, nach einem scharfen Gefecht eingenommen. Suntschau liegt am Weißfluß, vierhundert Kilometer von Kanton, und war ein wichtiger Stützpunkt der Kwangsi-Truppen.

## Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

**Witterungsaussichten.** Wolkig bis zeitweise aufheiternd, ohne erhebliche oder länger dauernde Niederschläge. Nach sehr kühler Nacht, tagsüber wärmer als heute. Schwache bis mäßige Winde vorwiegend aus westlichen Richtungen.